

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfennig; monatlich 22 Pfennig, auszchl. Postbestellgebühren. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 9. März 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungseinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 28.

Des sächsischen Bußtags wegen erscheint die nächste Nummer (29) am 13. März.

Die christlichen Gewerkschaften.

XIV.

Das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften.

Geht nun aus dem Vorausgegangenen unbestreitbar hervor, wie sehr der kirchliche Einfluß in den christlichen Gewerkschaften zur Geltung kommt, so tritt ihm noch die Beeinflussung der christlichen Gewerkschaftsarbeit durch die Zentrumsparlei hinzu. Sie ist noch auf lange hinaus die tatsächliche Beherrscherin der christlichen Gewerkschaften, ob man das zu leugnen sucht oder nicht. Wie man in kirchlichen Kreisen aus Furcht vor der Sozialdemokratie zu Beginn der 90er Jahre zu einer positiven Stellungnahme in der Arbeiterfrage sich gedrängt sah, war das gleiche auch bei der mächtigsten Partei im Reichstage der Fall, der ungezählte Tausende von Arbeiterstimmen zufallen. Vor zwei Jahren sprach Dr. Pieper, der Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland, offen aus: „Wer den freien Gewerkschaften angehört, ist für uns verloren, und wen wir in den nächsten zehn Jahren nicht für uns gewonnen haben, ist überhaupt verloren. Es wäre geradezu ein moralisches Wunder, wenn bei der vielseitigen, regen Tätigkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften diese sich nicht Unsehen und Achtung bei den Arbeitern verschafften, um so mehr, wenn von unserer Seite in genannter Richtung wenig oder gar nichts geschieht. Daher ist es höchste Zeit, hier einzusetzen.“ Mit herzerfrischender Deutlichkeit wird hier gesagt, daß das Zentrum den freien Gewerkschaften entgegenarbeiten muß. Daß der parteipolitische Hintergrund der christlichen Gewerkschaftsbewegung nur sehr schwer zu verdecken ist, dieser Tatsache begegnet man eben auf Schritt und Tritt. Man gebe sich nur die kleine Mühe und denke darüber nach, warum die christliche Gewerkschaftsbewegung gerade in Rheinland-Westfalen hervorgetreten ist, wo ihre organisatorischen und agitatorischen Kräfte heute noch konzentriert sind. Das Zentrum ist eben im Rheinlande mehr als anderswo im Reich auf die städtischen Arbeiter angewiesen, deshalb auch der Schmerzensschrei des Herrn Pieper. Und wußt man einen Blick auf die christlichen Gewerkschaften im Rheinlande, so kann man feststellen, daß sie fast ausschließlich aus katholischen Arbeitern bestehen, die in den konfessionellen und politischen Vereinen der katholischen Kirche und des Zentrums festgehalten sind, die Führer dieser christlichen Gewerkschaften sind meist Zentrumsabgeordnete, die M. Gladbacher Zentralstelle versorgt die christlichen Gewerkschaften mit dem nötigen geistlichen Inhalt, auf daß all die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften in letzter Linie der Zentrumsparlei zum Nutzen ist. Und da außerdem Zentrum und Kirche eins sind, haben die christlichen Gewerkschaften eine doppelte Belastungsprobe auszuhalten. Was Drehen und Deuteln kann daran nichts ändern, daß für die christlichen Gewerkschaften das Zentrum „die Partei“ ist. Geschriebene Umarmungen und Beschlüsse gibt es in dieser Beziehung bei den christlichen Gewerkschaften so wenig wie bei den modernen in bezug auf die Sozialdemokratie. Aber „es geht

auch so!“ Und wenn wir jetzt in unsern neutralen Organe gezwungen sind, uns eingehender mit der Zentrumsparlei zu beschäftigen, so ist auch hier die Notwehr die Veranlassung. In zahlreichen katholischen Arbeitervereinen, den Wahlvereinen des Zentrums, erklärt man unsrer Organisation den Krieg, fordert von unsren Verbandskollegen, ihrer Organisation untreu zu werden und dem „christlichen“ Gutenbergbunde beizutreten, die „christlichen“ Zentrumsführer Giesberts, Stegerwald usw. bekämpfen seit Jahr und Tag unsern Verband, Felder erklärte im Rheinlande, er habe schon von sechs Zentrumsverlegern die Versicherung in der Tasche, daß die Verbandsmitglieder hinausgeworfen würden, unsren zahlreichen Kollegen in den katholischen Gesellenvereinen gegenüber werden deren „Grundsätze“ zur Geltung zu bringen versucht: „Der Eintritt der Gesellen in die freien Gewerkschaften ist mit den Prinzipien unsrer Institution unvereinbar. . . Oft wird man die Erfahrung machen, daß solche Leute durchaus in gutem Glauben sind, und dann ist es leicht, sie zum Austritt aus der freien und zum Eintritt in eine christliche Gewerkschaft zu veranlassen. (Bei den Buchdruckern in den Gutenbergbund. Red.)“ Hier hilft nur ein Entweder — oder! Entweder Austritt aus dem sozialistischen Verband oder aus dem Gesellenvereine, denn ein solcher Geselle ist eine Gefahr für den Verein.“ Und ist es nicht Tatsache, daß seit der christlichen Auserhebung des Gutenbergbundes in den Gesellenvereinen dort für jenen Propaganda gemacht und unsre Kollegen drangalziert werden? So aber haben wir nicht gewettet, denn noch kann sich unser Verband seiner Haut wehren und läßt sich noch lange nicht von der Neutralitätsheuschrecke der Zentrums-gewerkschaften ins Bodenhorn jagen.

Läßt sich aus der geschichtlichen Entwicklung, der Zusammensetzung der Sozialdemokratie und der modernen Gewerkschaften erklären, daß beide bei einem eventuellen Zusammengehen keine Unnatürlichkeit darstellen würden, so ist eine Unnatürlichkeit durchaus der Fall bei der Vierung des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften. Das Zentrum umfaßt die unterschiedlichsten Volkskreise mit den unterschiedlichsten Interessen. Der Großkapitalist, der Großgrundbesitzer, der Handwerker, der Künstler, der Bauer, der Arbeiter, die Geistlichkeit — sie alle finden sich im Zentrum zusammen, das, um als bürgerliche Partei bestehen zu können, vor allem auch den Interessen des mächtigeren und einflussreicheren Teils seiner Wähler zu dienen hat. Die Arbeiterfrage kommt für das Zentrum nur insofern in Betracht, als es sich die Gefolgschaft der Arbeiter sichern will, die ihm sonst an den „roten“ Heerhaufen verloren ginge. Solange und soweit das Zentrum Sozialpolitik getrieben hat, ist dies nur aus dem angegebenen Grunde geschehen. Und sofern es eine gründliche, nützliche und erfolgreiche Arbeiterpolitik zu treiben willens wäre, hindern sie daran die den Arbeiterinteressen entgegenstehenden Interessen der maßgebenden kapitalistischen Zentrumsmitglieder. Nicht dem einzelnen Angehörigen jener Partei, von denen viele ehrliche Arbeiterfreunde sein mögen, ist daraus ein Vorwurf zu machen, sondern der Partei an sich.

Man weiß heute so gern in christlichen Arbeiterkreisen gegenüber der Sozialdemokratie darauf hin, daß bereits 1877 das Zentrum sozialpolitische Anträge im Reichstage gestellt habe. Gewiß, aber nur der Not gehorchend. Die Arbeiter in der Zentrumsparlei wurden unruhig, die evangelische Geistlichkeit suchte sich der Arbeiterschaft zu bemächtigen, die Sozialdemokratie war im rapiden Aufstiege begriffen, die katholischen Arbeiter, die bislang willenlos der Zentrumsparlei gefolgt waren, besannen sich auch auf ihre irdischen Interessen, und namentlich in Rheinland-Westfalen wurden sie gegen die „angestammte“ Partei rebellisch, die von oben herab die Arbeiter glaubte zur Ruhe zwingen zu können. Aber selbst ein christlicher Westfälingserschädel ist nicht von Pappe. Das zeigte sich im Jahre 1877, als der Metallarbeiter und Zentrumsmann Stökel in Essen trotz der heftigsten Bekämpfung der Zentrumsparlei und des persönlichen Eingreifens Windhorsts gegen den offiziellen Kandidaten des Zentrums mit großer Mehrheit in den Reichstag gewählt wurde, dem er bis zu seinem Tode 1905 angehörte — nahezu dreißig Jahre hindurch als der einzige Arbeiter aus der Zentrumsparlei! Sein Nachfolger ist der ehemalige Eisenbahnarbeiter Giesberts.

Wo sind bis heute — 1909 — die Früchte der Sozialpolitik des Zentrums für die Arbeiter geblieben? Gerade in dieser Beziehung sind einige Reminiszenzen sehr am Platze. So hat z. B. die große Mehrheit der Zentrumsfraktion im Reichstage gegen das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz gestimmt. Für den Reichszuschuß von 50 Mk. an invalide Arbeiter stimmten nur etwa ein Duzend Zentrumsabgeordnete. Als vor 13 Jahren die Regierung einen Revisionsentwurf zum Invalidengesetze vorlegte, verlangten neben Trimborn, Gröber und andren auch der „Sozialpolitiker“ Sätze die Ablehnung des Regierungsentwurfs. Welche Bewandnis es damit hatte, geht aus den Worten Eugen Richters hervor: „Das einzig Richtige wäre eine schrittweise Aufhebung des ganzen Gesetzes, wie diese eingeleitet wird durch den Antrag des Zentrums“. Das „Wapperlgesetz“ war eben den bäuerlichen Wählern des Zentrums unangenehm, und so suchte man diese zu befriedigen, um in demselben Atemzuge sich der Sozialpolitik des Zentrums für die Arbeiter zu rühmen! Bei der Krankenversicherung wandte sich das Zentrum entschieden gegen den Versicherungszwang der Landarbeiter, und es erreichte auch seinen Zweck, so daß diese Arbeiterkategorie bis heute noch die Wohltaten jener Versicherung entbehren muß. Daß die christlichen Arbeiterkongresse heute noch für eine bessere Sicherung des Koalitionsrechts petitionierend vorstellig werden müssen, ist ebenfalls dem Zentrum geschuldet, das seine große politische Macht nie im Sinn eines grundlegenden, großzügigen Arbeiterschutzes angewandt hat. Unvergessen bleibt des Zentrums Haltung bei dem Polltarife. Damals erklärte der Wortführer des Zentrums im Reichstage: „Das Zentrum werde dem Polltarife nicht zustimmen, wenn nicht die gesamten Mehrerträge der Böhle zur Witwen- und Waisenversicherung verwandt würden.“ Um das Zentrum beim Worte zu nehmen, beantragten die Sozialdemo-

kraten in der Kommission, die Einnahmen aus allen landwirtschaftlichen Zöllen für die Witwen- und Waisenversorgung zu verwenden. Dieser Antrag stand vollständig im Einklange mit der Erklärung des Zentrumsabgeordneten Gerold. Das Zentrum stimmte aber gegen diesen Antrag und bewies damit, daß es ihm mit seinem Antrage gar nicht ernst war. Schließlich wurde der verwässerte Antrag Trimborn angenommen (mit 143 gegen 106 Stimmen), wonach „der auf den Kopf der Bevölkerung des Deutschen Reichs entfallende Nettozollertrag der Zölle auf Roggen, Weizen, Rindvieh, Schafe, Schweinefleisch, Schweinefleisch und Mehl, der den entsprechenden Nettozollertrag der Jahre 1898—1903 übersteigt, zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung zu verwenden ist“. Diese Mehreinnahmen, welche für den gedachten Versicherungszweig in Frage kommen, betragen jährlich 78 Millionen Mark! Etwa 400 Millionen Mark wären aber erforderlich. Treffend kennzeichnete seinerzeit der inzwischen verstorbene liberalere Abgeordnete Köpcke diese „Sozialpolitik“ des Zentrums:

Nach einer Berechnung, die ich auf Grund der statistischen Ergebnisse der letzten acht Jahre aufgestellt habe, würden die Mehreinnahmen aus den Zöllen 78 Millionen betragen, während die Belastung der breiten Volksmassen durch die Steigerung der Preise für alle Lebensmittel 600 Millionen ausmacht. Also 7/8, Ml. Einnahmen pro Familie sollen wir zur Verfügung stellen für die Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter, sollen aber dieselben Arbeiter mit einer Konsum-verteuerung von 60%, Ml. pro Familie schädigen! Das nennen die Herren vom Zentrum einen gerechten Ausgleich. Dazu kommt, daß schon jetzt die Arbeiter an indirekten Steuern pro Familie 90 Ml. jährlich zu zahlen haben. Dazu sollen nun noch 60 Ml. kommen. Das ist eine Belastung, die die Existenz der Arbeiter geradezu in Frage stellt. Der Vorschlag der Herren vom Zentrum ist ein Danaergeschenk schlimmster Art. Wenn ich nicht solche Hochachtung vor einigen der Herren hätte, so würde ich auf den Gedanken kommen, daß man die Arbeiter dillieren wollte. Nun, Herr Trimborn, die Hochachtung, welche ich vor Ihnen und vielen anderen der Herren habe, hindert mich ja daran, einen solchen Gedanken aufkommen zu lassen, aber es sieht doch so aus, wenn jemand dem Arbeiter sagt: „Komm her, ich will dir helfen, und ihm 7/8, Ml. gibt, ihm dann aber, ehe er noch aus dem Zimmer wieder herausgegangen ist, 60%, Ml. aus der Tasche nimmt. Das ist doch ein Verfahren, das zum mindesten unbegreiflich ist. Freilich die Herren vom Zentrum sind sich der ungünstigen Wirkung, die ihre Zollpolitik auf die Arbeitermassen hat, voll bewußt, und deshalb brauchen sie sozusagen eine Schamdecke und diese Schamdecke hat man in dem vorliegenden Antrage gefunden. Damit will man den ungeschönten Zolltarif bedecken. Wir haben ja gesehen, daß die katholischen Arbeiter auf diesen Leim nicht gehen und ich bin überzeugt, daß die Erregung unter ihnen nicht nachläßt, sondern sich mit jedem Tage steigert wird. . . Der Schatzsekretär hat für das nächste Finanzjahr ein überaus hohes Defizit angekündigt. Wenn man jetzt den verbündeten Regierungen diese Mehreinnahmen entzieht, so drängt man sie geradezu zu anderen indirekten Steuern, insbesondere zur Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer. Es würde sich dann folgendes Bild ergeben: Zuerst erhöht man die Zölle auf die notwendigen Lebensmittel zu ungunsten der Arbeiter, dann versorgt man aus den Erträgen die Witwen und Waisen, und insofern des daraus entstehenden Defizits belastet man wieder die arbeitenden Klassen durch höhere Steuern auf Bier und Tabak!

Unangenehm mag den zentrumsparteilichen Sozialpolitikern auch in die Ohren geklungen haben, was im Jahre 1906 in einem massenhaft verbreiteten Flugblatte christlicher Arbeiter gegen die Zentrumspolitik geschrieben wurde, wodurch nebenbei der Beweis geliefert ist, daß die christlichen Gewerkschaftler im Zentrum ihre „Partei“ erblickten. Es heißt in diesem Flugblatt u. a.:

Was nützt es den Arbeitern, wenn sie durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß 5 Proz. Lohn-erhöhung erhalten, ihnen aber auf anderem Gebiete um 35 Proz. die Lebensmittel und die Wohnraumkosten verteuert werden. . . Wir christlichen Arbeiter haben keine politische Vertretung, wir streiten um die Dornen, die Rosen pflückt der politische Kapitalismus. Jene, die sich bisher an dem christlichen arbeitenden Volk als politische Vertreter aufspielen, haben die Interessen des christlichen arbeitenden Volks mit Füßen getreten. Hiermit ist, weil die Sozialdemokratie für das christliche Volk nicht in Betracht kommt, unsere Zentrums-Partei gemeint. . . Wesehen wir uns

einmal die Zusammensetzung unserer Zentrums-Partei: Die Wählerschaft besteht zu 80 Proz. aus dem werttätigen Volke, die Abgeordneten sind fast ausschließlich aus den besitzenden Kreisen, oder von denselben abhängig.

In den örtlichen Wahlkomitees der Zentrums-Partei sind die Arbeiter, ausgenommen ein paar Schein-arbeiter, nicht zugelassen. Eine derartige Zusammenstellung unserer offiziellen Zentrumsleitung besteht demnach, den Verhältnissen ihrer Wähler entsprechend, zu Unrecht. So ist es leicht erklärlich, daß diese Herren über die Köpfe des arbeitenden Volks hinweg den Abgeordneten diktiert, eine Politik zu machen, wozu das christliche arbeitende Volk nicht länger mehr schweigen kann. Auf sozialpolitischem Gebiete hat unsere Zentrums-Partei in den letzten Jahren fast nichts getan, wohl aber das Zentrum mitgearbeitet, den indirekten Steuerzettel des arbeitenden Volks durch Verteuerung der notwendigen Lebensmittel zu verdoppeln.

Im Jahre 1902, am Vorabend des heiligen Weihnachtsfestes, hat unsere Zentrums-Partei durch Annahme des Zolltarifs dem arbeitenden Volk eine Wunde geschlagen, die jetzt beim Inkrafttreten der Handelsverträge bereits zu eitem anfängt. Die Lebensmittelpreise steigen von Woche zu Woche, immer trostloser wird die Lage des Arbeiters. Nicht einmal mehr ein Stückchen Fleisch erscheint heute auf dem Mittagstische zahlreicher Arbeiterfamilien. Dem arbeitenden Volke verteuert unsere Zentrums-Partei die notwendigsten Lebensmittel, um des reichen Mannes Steuerzettel zu schüren. Als das jetzt in Kraft getretene Zollgesetz vor drei Jahren im Reichstage zur Generaldiskussion stand, erklärten unsere Zentrumsabgeordneten im Reichstage sowohl wie vorher in den Wählerversammlungen, durch das neue Zollgesetz würden die Lebensmittel nicht verteuert, das Ausland trage den Zoll. Ein hervorragender Agitator von der Zentralfelle des katholischen Volksvereins erlaubte sich sogar zu behaupten, wenn noch sechsmal sozial Zoll auf eine Ware komme, deshalb würde die Ware nicht teurer. . .

Christliche Arbeiter, christliche Gewerkschaftler, laßt euch nicht länger einlullen, allein auf gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiete eure Lage verbessern zu können; das sagen nur jene Leute, welche die politische Gleichberechtigung des arbeitenden Volks nicht anerkennen. Christliche Arbeiter währet eure versassungsmäßig verbürgten Rechte; euch durch selbständiges politisches Streben an der Gesetzgebung betätigen zu können. Streben wir innerhalb der Zentrums-Partei, eine christliche volkstümliche Politik zum Durchbruche zu bringen, damit die Lebenslage des arbeitenden Volks nicht noch mehr verschlechtert wird.

Im Flugblatte wird dann noch des nähern ausgeführt, daß „die katholische Arbeiterschaft in der Zentrums-Partei keine Rolle“ spielen dürfe. Weiter heißt es dann mit erbaulicher Deutlichkeit:

Erlaube sich einmal ein Arbeiter zu protestieren gegen gewisse Dinge in der Partei, dann werde er zum Sozialdemokraten gestempelt und ausgeschlossen! So sei es auch vor drei Jahren denjenigen ergangen, die gegen die geplante Lebensmittelverteuerung protestiert hätten. Immer neue Steuern bewillige das Zentrum, wie jetzt gerade wieder die neuen indirekten Steuern in der Steuerrkommission, es scheue sich aber eine Reichseinkommensteuer einzuführen. Die Zentrums-Partei habe den obersten christlichen Grundsatz: dem Ärmsten die Hilfe zuerst, über Bord geworfen. Durch die Steuerpolitik treibe das Zentrum das christliche arbeitende Volk der Sozialdemokratie in die Arme.

Wir meinen, nach diesen Proben aus dem eignen Lager ist genugsam erwiesen, daß die vom Zentrum begünstigten christlichen Gewerkschaften keinen Grund hätten, zu bestreiten, daß das Zentrum „die Partei“ ist! Wenn man weiter berück-sichtigt, daß die christlichen Gewerkschaftsführer 1902 die Zollpolitik des Zentrums verteidigten und dafür ihre Organisationen zu gewinnen wußten, er-übertragt sich jede weitere Feststellung über die „Neutralität“ der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Offenherzig erklärt ja auch der Kaplan Müller: „Die Abwehr gegnerischer Angriffe wird für katholische Arbeiter naturgemäß eine Verteidigung der Sozialpolitik der Zentrums-Partei bilden. Unter den heutigen politischen Verhältnissen kann für einen katholischen Arbeiter keine Partei gefunden werden, die für seine religiösen und wirtschaftlichen Interessen in gleicher Weise eintritt wie das Zentrum.“ Keine christliche Gewerkschaft hat bisher ein Wort gefunden, welche diese Behauptung bestreiten könnte.

Daß die christlichen Gewerkschaftler nur Stimmmaterial für die Zentrums-Partei sind, dafür ein neuer Beleg. Im Wahlkomitee der Zentrums-Partei

für den Kreis Düren wurde dieser Tage an Stelle des verstorbenen Grafen Gompesch eine bis dahin im Kreise Düren unbekannt Persönlichkeit, nämlich der Fürst Salin-Reifferscheidt-Dyck als Reichstagskandidat vorgeschlagen. Der zu diesem Wahlkomitee gehörige christlich-nationale Arbeitersekretär Koch erklärte ohne weiteres: Da der Fürst versprochen habe, in den Kreisen der christlich-nationalen Arbeiter zu erscheinen, so werde ich dahin wirken, daß die christlich-nationalen Arbeiter ihn wählen. Der Führer der christlichen Gewerkschaften, Bauer, versprach ebenfalls für die Wahl des Fürsten einzutreten. Die Herren tun das zwar als Mitglieder des Zentrums, aber sie wirken bei den christlichen Gewerkschaftlern für die Wahl eines Fürsten als Vertreter der Arbeiterinteressen!

Aus wem engherzigen parteipolitischen Gründen die Sozialpolitik des Zentrums herorgegangen, wird auch im Jahre 1907 vom „Christlichen Innungsaus-schuss“ in Düsseldorf bestätigt, welcher in einem Flugblatte sagt: „. . . Wir müssen erleben, daß die Zentrums-Partei ihrem Programm entgegen unsere Interessen vollständig vernachlässigt, kalt berechnend: Die Handwerker sind uns ungefährlich, können uns wenig schaden, die Arbeiter dagegen sind mächtig, gut organisiert und können uns schaden, wenn wir ihnen nicht entgegenkommen. . .“ Ein „alter Handwerksmeister“ schrieb 1905 im „Kolpingblatt“: „Ein Geselle, der tüchtig ist und gute Arbeit liefert, hat immer Arbeit und bekommt hohen Lohn, ohne daß derselbe organisiert ist, und wir Meister fragen heute schon: ‚Seid ihr organisiert?‘ Wei ja, lassen wir die Streikbrüder lieber laufen und warten, bis ein anderer kommt. Die Herren Präsidens und Kapläne fänden im Gesellenvereine noch viel andre Arbeit, ohne sich um Organisation zu kümmern. . .“ Dieser Schmerzensschrei spricht Bände. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, für die das Kirchen- und Parteinteresse der „Präsidens und Kapläne“ arbeitet, sind „Streikbrüder“, die man „lieber laufen“ läßt, und dann wieder soll das Zentrum mit solchen reaktionären Elementen Sozial- und Arbeiterpolitik treiben! Man kann daher begreifen, daß nur die äußerste parteipolitische Not das Zentrum zu einer Art Sozialpolitik zwang.

Diese Tatsache hat mit der ihm eignen brutalen Offenheit der bayrische Zentrumsführer Dr. Heim, ein Erdemagoge, auch zugegeben. In einer bayrischen Agrarierversammlung erwiderte er dem Regierungspräsidenten v. Andrian, der sich gegen die unter Führung des Dr. Heim betriebene Agitation der christlichen Gewerkschaften unter den bayrischen Landarbeitern ausgesprochen hatte. Dem Herrn Regierungspräsidenten schein

nicht bekannt zu sein, daß unterdessen sozialistische Gewerkschaften in der Organisation der Dienstboten und ländlichen Arbeiter in Bayern schon Erfolge hatten, mitten auf dem flachen Lande. Glaubst nun der Herr Präsident, daß diese sozialdemokratischen Organisationen vor dem Regierungsbezirke des Herrn v. Andrian deswegen Halt machen wollen, weil sich dieser nicht für die Organisation erwärmen kann? Ich bin lange mit mir zu Räte gegangen, ob ich das heiße Eisen angreifen soll. Nachdem ich mir aber darüber klar war, daß es geschehen muß, und daß, wenn wir die Arbeit nicht machen, andre sie machen, mit und ohne Regierungspräsidenten, war für mich aus Liebe zur Landwirtschaft die Sache entschieden. . . Ich bin fest überzeugt, daß die Organisation so gemacht werden kann, wie ich sie mir denke.

Also der Druck der modernen Gewerkschaften zwingt das Zentrum zur Freundschaft für Arbeiterorganisationen. Ist das aber einmal der Fall, dann will es sie auch in die Hand bekommen, denn „ich bin fest überzeugt, daß die Organisation so gemacht werden kann, wie ich sie mir denke“. Die „Reichsische Volksstimme“, das Organ der Zentrumsbauern, hat bezüglich einer Organisation der Landarbeiter

nichts dagegen, so lange sich die christliche Werbearbeit nur auf Bayern beschränkt. Es warnt aber die „Allerweltsgläubiger in Preußen“ (gemeint sind damit die christlichen Gewerkschaftsführer) eindringlich davor, ihre Agitation auch nach Bundesstaaten zu verpflanzen, wo durch gesetzliche Verbote ein von den Sozialdemokraten ausgehender Versuch, die Landarbeiter zu organisieren, unmöglich gemacht ist. Die Herren Giesberts und Genossen werden ermahnt, „von ihrem herostratischen Beginnen endlich einmal die

Finger zu lassen" und nicht durch Übertragung des Koalitionsrechts auf die Landarbeiter, mit täppischer Hand die Dämme einzureißen, die Preußen vor der Möglichkeit einer Aktion der Sozialdemokratie wie in Bayern schützen", denn: "Eines schiedt sich nicht für alle!"

Dasselbe Blatt gibt Herrn Giesberts anheim: „Die Industriearbeiter in den Großstädten den Klauen der Sozialdemokratie zu entreißen, ist eine Aufgabe, des Schweißes der Edlen wert. Gegen die von ihm angestrebte Koalition der Landarbeiter aber werden wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln kämpfen“. Herr Giesberts meint es aber gar nicht so böß mit den Zentrumsbauern, denn er will die Landwirte nur ermuntern, „sich rechtzeitig um die Organisation ihrer Arbeiter zu kümmern und nicht etwa zu warten, bis auch hier die sozialdemokratische Hochflut den Geist des Klassenkampfes hineingetragen hat“. Der „neutrale“ Giesberts betrachtet danach seine ganze Gewerkschaftstätigkeit nur unter dem Gesichtswinkel einer politischen Bekämpfung der Sozialdemokratie zugunsten der Zentrumsparthei! Aber auch gewerkschaftlich wirkt in diesem Punkte Herr Giesberts „besänftigend“: „Ich bin der Ansicht, daß der Erntestreik bei uns in Deutschland von den Landarbeitern, die im Sinn unserer christlichen Gewerkschaften organisiert sind, gar nicht ernstlich in Frage kommen kann“. Herr Giesberts ist eben einer Meinung mit seinem Parteigenossen Heim: „Ich bin fest überzeugt, daß die Organisation so gemacht werden kann, wie ich sie mir denke.“

Wo man also auch hinblickt, überall läßt die Furcht vor der Sozialdemokratie dem Zentrum das sozialpolitische und arbeiterfreundliche Herz entdecken, und zudem mit der Nebenabsicht, sich in den von ihm begünstigten Organisationen die Oberhand zu sichern. So war es seinerzeit auch mit dem „Ehrenrat“ in der christlichen Vergarbeitsorganisation. Dieser hat nach Befundung des Gesamtverbandes „niemals in die Verbandsgeschichte eingegriffen, dagegen war der Rat erfahrener Sozialpolitiker wie Professor Sige, Dr. Brauns usw. für die Verhandlung, besonders wertvoll zur Bekämpfung der Vorurteile, die allenthalben gegen die gewerkschaftlichen Organisationen überhaupt wie gegen den Gewerkeverein bestanden“. Dazu mußten diese Parteipolitiker an eine hervorragende Stelle in der Gewerkschaft gesetzt und mit weitgehenden Befugnissen ausgerüstet werden. Die Herren konnten ja in ihren Kreisen diese Vorurteile bekämpfen, wenn es ihnen darum zu tun gewesen wäre. Was würde man sagen, wenn man Singer oder Bebel als „Ehrenrat“ an die Spitze einer Gewerkschaft stellen würde? Es handelte sich lediglich um eine kirchliche und parteipolitische Beaufsichtigung des Gewerkevereins der Vergarbeiter, der dem Zentrum von der „Sozialdemokratie“ am meisten bedroht schien. Im Jahre 1905 hat man diesen „Ehrenrat“ wieder beseitigt. Im August 1903 fand in einem kleinen weisfällischen Ort eine Vertrauensmännerversammlung der Zentrumsparthei statt, in welcher beschlossen wurde, „die christlichen Gewerkschaften mit allen Mitteln zu fördern, um der Sozialdemokratie starken Widerstand entgegenzusetzen zu können. Nirgends eine Tätigkeit des Zentrums um der Arbeiter selber willen, sondern immer nur die Politik des Teilens und Herrschens.“

Überall aber, wo die christlichen Arbeiter sich auf ihre Arbeiterinteressen besinnen, kommen sie in Konflikt mit ihrer „Partei“. Als seinerzeit im Kölner Gewerkschaftsartikelle die Zollfrage zur Debatte stand, äußerte ein Redner: „Ich bin Zentrumsmann, aber ich muß sagen: von der Zentrumsparthei wird ein großer Druck auf die Gewerkschaften geübt, damit sie dem Zentrum dienen sollen.“ Diese Dienste weiß das Zentrum auch zu würdigen. Die kleine Zahl von 15 Gewerkschaftsführern zieht die Bänke des Reichstags, des preussischen Abgeordnetenhauses und des bayrischen Landtags bei insgesamt 306 Zentrumsabgeordneten! Diese 15 Sige sind der Preis, den das Zentrum für seine Herrschaft in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, für die Bekämpfung der übrigen Arbeiter durch die christlichen

Gewerkschaftsführer, für deren Entreten zugunsten des Stielbiertrums, des Grubenkapitals und den Brotwucher bezahlt hat! Dem Führer des Errierer Eisenbahnarbeiterverbandes hat man ja auch ein Zentrumsmandat zum Landtag in Aussicht gestellt, wenn er seinen Verband den christlichen Gewerkschaften zuführen würde! Sie sind aber parteipolitisch „streng neutral“! Und welches Ansehen genießen die Arbeiterkandidaten des Zentrums in dessen Reihen? Als im Jahre 1898 der ultramontane Kandidat, Sattler Wolz, in Duisburg mit dem nationalliberalen Kommerzienrat und spätem Minister Müller in die Stichwahl kam, schrieb die „Germania“: „Wir hätten trotz alledem noch siegen können, wenn nicht viele von den ‚besser situierten und gebildeten‘ Katholiken, denen — offen muß diese Wunde angedeutet werden — ein Arbeiterkandidat nicht paßte, für Müller gestimmt hätten.“ Ein besseres Eingeständnis für das Wohlwollen der besser gekleideten Katholiken für die christliche Arbeiterbewegung gibt es nicht. Was hat auch die christliche Arbeiterschaft von einer Partei zu erwarten, vor der sich kürzlich erst die Agrarier im Zirkus Busch verbeugten und sich für die tatkräftige Mitwirkung des Zentrums bei der Bekämpfung der Nachlasssteuer bedankten, die nach dem Regierungsentwurf bei 20 000 Mk. Erbschaft erst 100 Mark beträgt! Dafür ist aber das Zentrum für jede Art indirekte Besteuerung der breiten Massen zu haben.

Es ist ein Skandal, daß eine Partei, die die Politik mit christlichem Geist erfüllen will, welche sich ihres sozialen Empfindens für die Arbeiterschaft rühmt, welche den bedrückten Volksmassen zu dienen vorgibt und welche sich vor Jahr und Tag zugunsten einer Erbschaftsteuer aussprach, da man zur Entlastung der indirekten Steuern „die ganz großen Vermögen“ heranziehen müsse, jetzt ohne jeden Vorbehalt mit den Konservativen und der Reichspartei gegen die Nachlasssteuer stimmt, während selbst die Antifemiten und die Nationalliberalen „mit Vorbehalt“ dafür gestimmt haben! (Stad. bez. „Mittlerer Volk“ auf „Stenograph.“ oder Steuerkommission.) Während der letzte Pfennig des Arbeiters zur direkten Besteuerung herangezogen wird und ihm die indirekten Steuern so oft den erhöhten Lohn aus der Hand schlagen, und stets neue Steuerpläne immer nur die Ärmsten treffen, weil „die Masse es bringen muß“, läßt das Zentrum die „ganz großen Vermögen“ steuerfrei. In diesen Tagen hat der konservative Universalitätsprofessor Delbrück („Leipziger Volkszeitung“ Nr. 47) nachgewiesen, daß das Privatvermögen in Preußen 166 Milliarden beträgt. Man erheben aber die Steuerdeklarationen in Preußen nur 100 Milliarden, von denen 91,6 zur Vermögenssteuer veranlagt werden, während 9 Milliarden als Vermögen unter 6000 Mk. für die Steuer nicht in Betracht kommen. Somit bleiben die Steuerveranlagungen in viel höherem Maße hinter der Wirklichkeit zurück, als man bisher angenommen hatte. Bisher nahm man an, daß die Steuerdeklarationen rund 10 Proz. hinter dem Werte zurückbleiben. In Wahrheit bleiben sie 65 Proz., nahezu um volle zwei Drittel, dahinter zurück. Danach hintergehen die allerreichsten Leute in Preußen den Staat jährlich um zwei Drittel der ihm zustehenden Summe! Die Reichen versteuern nur ein Drittel ihres Reichtums. Und in der Hauptsache kommt hier das Junkertum in Betracht. Delbrück sagt darüber:

Jeder Nachbar ist instande, ebensowohl sich eine Meinung über den objektiven Wert eines Landguts zu bilden, wie die subjektive Wirtschaftstätigkeit des Besitzers einzuschätzen. Ganz umgekehrt, vor sein Einkommen und sein Vermögen hoch deklarieren, macht sich dadurch in der Nachbarschaft unbeliebt, da man fürchtet, nach diesem Beispiel auch schärfer herangezogen werden zu können. Wir sind darüber die erbaulichsten Geschichten aus dem Kreise von Guts- und Schloßbesitzern erzählt worden. Die Veranlagungskommissionen sind bei ihren Nachprüfungen milde, denn an ihrer Spitze steht der Landrat, und der Landrat ist durch Rücksichten der Politik wie der Karrieregezwungen, es mit seinem Kreise, d. h. den Grundbesitzern, nicht zu verderben.

Auf diese Weise hat man in vier ostelbischen Provinzen fünf Fälle verzeichnet, in denen Strafverfahren wegen zu niedriger Vermögensangaben zur Ergänzungssteuer anhängig gemacht worden! Fünf Fälle! Und dabei werden zwei Drittel des steuerpflichtigen Vermögens jahraus jahrein unterschlagen! „Versteht man nun“, sagt Professor Delbrück, „weshalb man in gewissen Kreisen und namentlich in agrarischen findet, daß die Nachlasssteuer die Heiligkeit des Familienlebens antastet“? Und gegen diese Nachlasssteuer, welche die Steuerdefraudanten in bescheidener Weise ebenfalls zu den Staatslasten heranzuziehen geeignet wäre, wendet sich das Zentrum, die Arbeiterparthei der christlichen Gewerkschaften! Als aber kürzlich die preussische Regierung einen Extrazuschlag auf die Einkommen von über 7000 Mark forderte, haben Zentrum und Konservative in der Budgetkommission beschlossen, diesen Zuschlag schon bei einem Einkommen von 1200 Mk. an eintreten zu lassen. Bei dieser „Sozialpolitik“ helfen die christlichen Gewerkschaftsführer als Zentrumsabgeordnete „im Interesse der Arbeiter“ mit! Haben doch die politisch „neutralen“ christlichen Gewerkschaften sich seinerzeit ausdrücklich mit der Verteuerung der Lebensmittel durch die Bille einverstanden erklärt.

Dafür hält das Zentrum die Arbeiter in anderer Weise „schadlos“. In seinen maßgebenden Kreisen stellte man sich seinerzeit auf den Boden der Arbeiterengstlichkeit Leos XIII. und des Fuldaer Pastoralen! Das hat auch zur Folge, daß das Zentrum im Westen den christlichen Gewerkschaften, im Norden den katholischen Facharbeitern die Stange hält, auf diese Weise also die Zersplitterung unter den christlichen Arbeitern begünstigt. Sehr deutlich wies darauf die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ hin: „Die Berliner Herren haben ja in nächster Nähe keine Zentrumswahlkreise zu verderben!“ Mit andren Worten: Wo das Zentrum seine Wahlkreise durch die Sozialdemokratie nicht gefährdet sieht, macht es aus seinem Herzen keine Würbergrube und empfiehlt konfessionelle Gewerkschaften, wo es aber auf die „christliche“ Arbeiter im Wahlkampf angewiesen ist, hat es ein warmes Herz für interkonfessionelle Gewerkschaften. Dort parteiisch, hier neutral, wie es eben die Parteistrategie erfordert. Der beste Beweis, daß die Begünstigung der christlichen Gewerkschaften lediglich aus Parteiinteresse erfolgt. Dabei weiß das Zentrum ganz genau, daß die Bezeichnung interkonfessionelle christliche Gewerkschaften purer Wödsinn ist. So lange das Wort „christlich“ neben dem Worte „interkonfessionell“ steht, wird auch die Konfessionsfrage aufgerollt. Wie stellt man sich die gemeinsame Tätigkeit von Arbeitern vor, die als konfessionelle christlich handeln sollen? Und worin besteht die Einheit, wenn z. B. ein gläubiger evangelischer Gewerkschaftler im „Evangelischen Arbeiterboten“ liest, „daß es keine Partei gibt, die für unsern nationalen Bestand verhängnisvoller ist als das Zentrum. . . Nieder mit dem Zentrum. Es vergiftet unser Volk und betrügt es um seine nationale Ehre. Uns Evangelische trennt vom Zentrum eine Kluft, die so unüberbrückbar ist wie irgend eine Welt.“ Und umgekehrt wird auch ein Schuß daraus, denn in katholischen Kreisen haßt es ähnlich wider. Doch, in diesen Streit wollen wir uns nicht mengen, das mögen die Beteiligten unter sich ausmachen. Wir haben für die Arbeiterschaft nur die Schlußfolgerungen daraus zu ziehen.

Daß der interkonfessionelle, neutrale Charakter der christlichen Gewerkschaften nur eine Vorpiegelung falscher Tatsachen ist, haben wir wiederholt nachgewiesen. Dieser Charakter kann nur so lange vorgepiegelt werden, als die tatsächliche Herrschaft des Katholizismus und des Zentrums in den interkonfessionellen Gewerkschaften nicht gefährdet ist. Alle namhaften christlichen Gewerkschaftsführer sind Zentrumsleute und der eine Weltruss ist mehr als Hennommerprotestant unter den „Parteigenossen“. Wenn es aber darauf ankommt, evangelischen Arbeitern als Beamten den Weg zu versperren, scheint

man vor keinem Mittel zurück. Ein sehr lehrreiches Beispiel diesen Genres konnte man erst dieser Tage in Düsseldorf beobachten. Die „Düsseldorfer Zeitung“ vom 1. März 1909 bringt ein mit „Fritz Lepper“ unterzeichnetes „Eingefandt“ mit der Überschrift: „Unpolitisch und Interkonfessionell!“ In diesem Eingefandt wird festgestellt, daß die christlichen Gewerkschaften weder unpolitisch noch interkonfessionell sind und dies an einem Düsseldorfer Vorkommnisse nachgewiesen. Zu der im November 1908 ausgeschriebenen Stellung eines Kartell- und Konsumbeamten der christlichen Gewerkschaften Düsseldorfs hatten sich auch zwei evangelische Arbeiter gemeldet. Bisher war bei 18 Beamten katholischer Konfession kein evangelischer Beamter berücksichtigt worden. Aber auch diesmal wurden die evangelischen Kandidaten fallen gelassen. Die Gründe dafür legte der Gewerkschaftssekretär Schmitz dar. Doch lassen wir den Artikelschreiber selbst reden:

Schmitz meinte u. a.: Bei der Wahl eines evangelischen Beamten würde die Gefahr vorliegen, daß sich bei politischen Wahlen die Gewerkschaftsbeamten entgegenarbeiten würden. Außerdem seien neun Zehntel der Mitglieder katholisch und der evangelische Beamte würde bei dem größten Teile der katholischen Mitglieder ohne Einfluß bleiben. Also keine Frage nach Fähigkeit oder Können — nichts davon, ob der Bewerber dem Posten eines Gewerkschaftsbeamten gewachsen ist. Der springende Punkt bei der Beamtenwahl ist nach den Worten des Herrn Schmitz der, daß man erstens Zentrumsmann ist und zweitens, daß man katholisch ist. Die letzten Zweifel, die man allenfalls noch hätte haben können, beseitigte der Gewerkschaftssekretär Sidmann. Unter dem Beifalle der katholischen Mitglieder des Kartells führte er aus: Bei der heutigen politischen Konstellation der evangelischen Arbeitervereine des Kreises Düsseldorf muß von der Wahl eines evangelischen Beamten abgesehen werden. Ja, wenn wir hier in Düsseldorf eine einflussreiche christlich-soziale Partei hätten, dann ließe sich über die Sache reden. Nun ja, Herr Sidmann hat recht: Wenn neun Zehntel der Gewerkschaftsmitglieder katholisch sind, braucht man keinen Gesinnlichen keinen Zwang mehr anzutun, und über die Wünsche einer Minorität geht man zur Tagesordnung über. Daß der Verlauf dieser Beamtenwahl nicht purlos an Düsseldorf vorübergehen wird, ist sicher. Innerhalb der evangelischen Arbeitervereine des Düsseldorfer Kreisverbandes wird man die christlichen Gewerkschaften nicht mehr empfehlen können. Wenn die Gewerkschaftsbeamten unter Zustimmung der katholischen Mitglieder erklären, daß bei der Wahl von Beamten „katholisch“ ausschlaggebend und Zentrum Trumpf ist, was sollen wir Evangelische dann noch dort? Etwas das Futter für die Beamtenkrippe liefern?

Im „Evangelischen Gemeindeblatt für Rheinland und Westfalen“ schrieb in bestätigender Weise im vorigen Jahre Pastor Herdterhoff:

Was uns die schwersten Bedenken gegen die christlichen Gewerkschaften einflößt, ist die Tatsache, daß sie nicht rein wirtschaftliche Zwecke verfolgen, sondern parteipolitischen Beeinflussungen ausgesetzt sind.

Vor allem aber dürfen wir nicht übersehen, daß von den sämtlichen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften nur der vierte Teil und von den Parteisekretären und Beamten nur der achte Teil evangelisch ist. Die erdrückende Mehrheit der christlichen Gewerkschaftler ist also — da freier gerichtete Katholiken andern Gewerkschaften den Vorzug geben — gut katholisch und ultramontan, und daher bei der augenblicklich herrschenden konfessionellen Spannung auf die Dauer nicht blüdnisfähig.

Und da stellt man sich hin und betont seine „Neutralität“! Während man Tag für Tag die Presse der modernen Gewerkschaften durchstöbert, um Neutralitätsverletzungen mit wahrem Indianergeheul durch die christliche Presse schleifen zu können, gibt man hier dem interkonfessionellen christlichen Mitbruder eins vor den Bauch, weil katholisch und Zentrum Trumpf ist! Eine widerlichere Heuchelei ist nicht denkbar. Man steht eben auf dem Standpunkte des Innsbrucker Fürstbischofs: „Die Arbeiter sollen sich auf katholischer Grundlage organisieren und lieber sollen sie sich isolieren, als unter der Firma christlich auftreten.“ Der Fall Düsseldorf beweist wiederum aufs schlagendste, daß der Einfluß des Zentrums auf die christlichen Gewerkschaften ein totaler ist und daß man mit Fug und Recht von den christlichen Gewerkschaften als von Zentrumsgewerkschaften sprechen kann. Vor zwei Jahren noch erklärte der Gewerkschaftsführer und Zentrumsalgeordnete Schirmer in München, „daß es für die christlichen Gewerk-

schaften keine andre politische Partei gebe als die Zentrumspartei!“ Wenn man aber dabei das feige Ableugnen der christlichen Gewerkschaftsführer bis zum Überdruß hören muß, daß ihre Gewerkschaften in keinerlei Beziehungen zum Zentrum stehen, so kann man ihnen angesichts der gegen uns gerichteten Anklagen wegen Neutralitätsverletzungen das Gleichnis vom Splinter und Balken nicht eindringlich genug zu Gehör bringen.

Aus dem Auslande.

Frankreich. Dem Beispiel ihrer Pariser Kollegen sind nun auch die Maschinenleger in Marseille gefolgt. Eine Delegation derselben überreichte den Direktoren der Zeitungen eine Reihe Forderungen, die den seitherigen Tarif aufheben und in der Hauptsache in siebenstündiger Arbeitszeit, 8,50 Fr. für Tag- und 10 Fr. für Nacharbeit gipfeln. Gleichzeitig wurde an die Zeitungsdirektoren das Ersuchen gestellt, sie möchten ihrerseits eine Delegation wählen, die mit denjenigen der Gehilfen in Unterhandlungen treten solle.

In der Versammlung der Direktoren kam zum Ausdruck, daß es unmöglich sei, in Unterhandlungen zu treten über die neuen Forderungen, die den alten, von beiden Seiten anerkannten Tarif vollständig aufheben. Die Versammlung beschloß jedoch, daß sie eine Antwort oder Unterhandlungen nicht für nötig halte. Als dieser Beschluß bekannt wurde, erklärten die Maschinenleger am 3. März den Streik. Die Zeitungen erschienen jedoch, da genügend Klausuristen vom starken und schwachen Geschlechte bald zur Stelle waren. Die Erbitterung der Streikenden darüber war groß. Man befürchtete für die kommende Nacht Störungen, weshalb die Polizei glaubte Vorkehrungsregeln treffen zu müssen. Die Ausichten für die Gehilfen dürften, da man auch hier wie in Paris es nicht fertig brachte, auch nur am ersten Tag das Erscheinen der Zeitungen zu verhindern, nicht allzu günstig sein. Der Zentralvorstand war von der Bewegung benachrichtigt und hat einen Vertreter entsandt.

Korrespondenzen.

Braunschweig. Die am 21. Februar im „Gewerkschaftshaus“ abgehaltene Hauptbezirksversammlung, welche wieder gut besucht war, nahm zunächst vom Kassierer Schünemann die Abrechnung pro IV. Quartal 1908 entgegen. Bei Punkt 3 der Tagesordnung: „Jahresbericht des Vorstandes und Jahresabrechnung“, machte der Vorsitzende Neuter längere Ausführungen. Redner erwähnte u. a. die zu Anfang 1908 stattgehabte sogenannte Krahl-Versammlung, die gewissermaßen der Anfang vom Ende des Gutenbergsbundes in Braunschweig war. Der direkte Erfolg war, daß von 16 Bündlern sieben sogleich aus dem Gutenbergsbund austraten. Heute bestesse der Gutenbergsbund in Braunschweig nur noch aus einer Säule (Herrn Hoff), der nach seinem jännermäßig verunglückten Auftreten in der gedachten Versammlung im „Typograph“ schrieb: Noch eine solche Versammlung in Braunschweig und wir können Aufnahmescheine für den Gutenbergsbund mitbringen, sei auch der Name nicht verschwiegen: Sagenberg, die obenstehende in der nichttarifstreuen Druckerei Boigt & Schärer konfessioniert. Redner erwähnte dann die Tätigkeit des Vorstandes in der Angelegenheit Bieweg & Sohn, die leider von wenig Erfolg gewesen sei. Auf eine Eingabe von 65 Gehilfen der Firma an die Geschäftsleitung um Wiederanerkennung des Tarifs habe dieselbe geantwortet, daß sie sich auf nichts einlasse; den Tarif beachte sie auch weiterhin als maßgebend, im übrigen werde sich die Firma das Wohlergehen der Gehilfen anlegen sein lassen. Was das Wohlergehen ansehe, dafür gebe es schon Beispiele. Da der Gutenbergsbund vor der letzten Tarifausschüttung seine Tarifstreue nachweisen wollte, hätten außer zwei Kollegen, die sich zum Verbände gemeldet, endlich auch fünf Bündler bei Bieweg ihre Kondition verlassen. Damit habe der Gutenbergsbund in Braunschweig aufgehört zu existieren. Im Juli richteten wir an die Prinzipale ein Zirkular betreffs Schutz der Vertrauensleute. Anfangs August fand ein Konflikt in Holzminnen statt. Bei der Firma Hüppe & Sohn wurden fünf Kollegen gemargregelt. Was die tarifliche Verhältnisse sonst anbelangt, so kann man damit zufrieden sein. Dagegen lasse die Einhaltung der Bundesratsvorschriften noch viel zu wünschen übrig. Agitation wurde einzelfalt in den Orten Helmstedt, Seefen, Schuppenstedt und Vorsfelde. Zu bedauern sei, daß in Helmstedt, wo ungefähr 20 Gehilfen (alles recht „wild“) vorhanden, der Verband keinen Fuß fassen kann. Am 5. Dezember fand eine Vertrauensmännerversammlung statt, die sich mit der Erhöhung des Lokalaufschlags befaßte. Hierbei wurde ermittelt, daß die Mehrzahl der Gehilfen in Braunschweig die durchgehende Arbeitszeit hat. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 446, gegen 428 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Redner bemerkte noch, daß wenn auch proportional der Besuch der Versammlungen als ein guter zu bezeichnen sei, es doch einen Teil der Kollegen gäbe, der das ganze Jahr hindurch sich nicht am Vereinsleben beteilige. Auch an die Sparten wurde die Bitte gerichtet, in ihren Veranstaltungen für regen Besuch der Vereinsversammlungen einzutreten. Kollege Severid berichtete hierauf über den Arbeitsnachweis. Eingetragen waren 185 Kollegen (108 im Jahre 1907), vermittelt wurden 104 Gehilfen (112). Ohne Vermitt-

lung des Arbeitsnachweises fanden 46 Kollegen Kondition. Die Arbeitslosenziffer am Schluß von 1908 war wesentlich höher als Ende 1907. Nach dem Berichte des Kollegen Biring war die Frequenz der Bibliothek leider unbefriedigend. Kollege Mitsche gab noch einen längeren Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftsartells. Eine längere Debatte verurachtete die fast gleichlautenden Anträge der Ortsvereine Schöningen und Harzburg: „Die Bezirksversammlung wolle beschließen, daß jedem Mitglied ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen das Jahrgeld IV. Klasse zum Besuche der Bezirksversammlungen aus der Bezirkskasse vergütet wird.“ Der Vorsitzende bemerkte, daß der Vorstand einstimmig die Anträge abgelehnt habe. Namentlich die Harzburger Kollegen, die in stattlicher Anzahl erschienen waren, verteidigten ihren Antrag und führten aus, daß die Provinzkollegen gegenüber denen der Großstadt sich im Nachteile befinden. Es wurden auch Wanderversammlungen in Vorschlag gebracht. Den Kollegen wurde entgegengehalten, daß die Beiträge, die von seiten der auswärtigen Mitglieder an die Bezirkskasse geleistet werden, lange nicht die Höhe erreichen, was an die auswärtigen Mitglieder wieder vorausgibt werde. Der Bezirk Braunschweig, in dem jährlich zehn bis zwölf und auch noch mehr Bezirksversammlungen abgehalten werden, sei nicht zu vergleichen mit andern Bezirken, wo nur zwei bis vier solcher Versammlungen stattfinden. Seitens der Harzburger Kollegen war noch folgender Eventualantrag eingebracht: „Sämtlichen auswärtigen Bezirksmitgliedern, die zur Frühjahrss- und Herbstversammlung erscheinen, die Fahrt IV. Klasse zu vergüten. Die Vergütung zu den übrigen Versammlungen bleibt dieselbe.“ Die Abstimmung ergab, daß die ersten Anträge mit großer Mehrheit abgelehnt, dagegen der Eventualantrag mit erheblicher Mehrheit angenommen wurde. Der Bezirksvorstand wurde noch ermächtigt, event. im Jahre je eine Bezirksversammlung nach Harzburg und Schöningen einzuberufen.

Freiburg i. Br. (Maschinenmeisterklub.) Am 6. Februar hielten wir unsere Generalversammlung ab bei wiederum sehr mangelhaftem Besuche. Da der derzeitige Vorsitzende eine Wiederwahl gesundheitshalber ablehnte, wurde auf dessen Posten Kollege Majorl berufen. Der Kassiererposten sowie die andern Vorstandsämter erfuhr eine andere Besetzung. Kollege Sawabe (Karlsruhe) nahm sodann das Wort zu seinem Vortrag: „Ein Gang durch die heutige Farbenproduktion“. Redner schilderte in sehr ausführlicher Weise Herstellung und Eigenschaften der einzelnen Farben, und verstand es, das Interesse der Versammlung für seinen Vortrag zu fesseln. Mehrer Beifall lohnte ihm. Es schloß sich noch eine kurze Diskussion an das Gehörte.

-z. M. Gladbach. Unsere Monatsversammlung am 29. Februar hatte einen Besuch von über 50 Mitgliedern aufzuweisen. Daß diesmal so viele Kollegen den Weg zum Vereinslokale fanden, hatte wohl darin seinen Grund, weil Kollege Ragier uns einen Vortrag über „Streikzüge durch die Praxis“ hielt. Redner verstand es, in sehr verständlicher Weise vom einfachsten bis zum komplizierten Sage mit Tonplattenschnitt und farbigem Druck sein Thema zu behandeln und erläuterte an der Hand zahlreicher Beispiele und Proben seine Ausführungen, welche für jeden Kollegen von Nutzen waren. Hieran anschließend gründeten auch wir hier eine Typographische Vereinigung, welche sich die Weiterausbildung der Kollegen durch Unterrichtsabende, Vorträge usw. zum Ziele gesetzt hat. Dieser Vereinigung traten sofort 21 Kollegen bei. Erwähnen wollen wir noch, daß vor Eintritt in die Tagesordnung wieder drei neuausgelernte Kollegen in den Verband aufgenommen werden konnten. Trotz aller Agitation des Gutenbergsbundes wissen die jungen Kollegen, wo sie hingehören. Unser Ortsverein hat jetzt die stattliche Zahl von 92 erreicht. Der Gutenbergsbund, vielmehr der wohlwollende Vorstand des Ortsvereins Gutenbergsbund im berühmten M. Gladbach, sendet ab und zu sein Leiborgan „Typograph“ an unsre Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute. Dieser Tage wurde auch unser Schriftführer, welcher bisher noch davon verschont geblieben war, ebenso der Vertrauensmann der kleinsten Kunststadt, mit einem solchen Freieigenplare mit angestrichenen Artikeln, beehrt. Ja, man kann es auch schlecht verstehen, daß in der Kunststadt M. Mühlen, Verleger des heiligen apostolischen Stuhls, sämtliche 15 Kollegen im Verband organisiert sind. Für die Zukunft wäre es aber besser, wenn die Herren auch die Adresse des Abenders vermerken wollten, dann würden ihnen sicher die Exemplare mit Dank zurückgeschickt werden. Interessant ist auch der Bericht im „Typograph“ über die Generalversammlung des Ortsvereins Gutenbergsbund M. Gladbach. Da heißt es erst: Ortsverein M. Gladbach, dann Gutenbergsbund im M. Gladbacher Bezirke, zum Schluß sogar: Die nächste Versammlung findet in Neuß statt. Wünschenswert wäre es, zu erfahren, wie groß denn der M. Gladbacher Bezirk ist; für den Gutenbergsbund umfaßt er schon die Städte M. Gladbach, Rheyt, Krefeld, Obentkirchen, Wierfen, Süchteln, Dillen, Kempen, Geldern usw. Und laut „Typograph“ nun auch Neuß! Da kann uns nicht wundern, daß die Mitgliederzahl der Bündler hier „bedeutend gewachsen“ ist. Man versteht wirklich vorzüglich das Eingemeinden. Hoffentlich sehen sich die Gladbacher Bündler einmal mit unserm Oberbürgermeister in Verbindung und die Eingemeindungsfrage von M. Gladbach ist bald gelöst, und — Großstadt ist der Herrgottsel!

-z. Stuttgart. Am 28. Februar fand im hiesigen „Gewerkschaftshaus“ eine Konferenz der Vertreter derjenigen Gauen statt, die untereinander im Gegenseitigkeits-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 9. März 1909.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

Nr. 28.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

verhältnisse betreffs des Gauzuschusses zur Ortsunterstützung stehen, in welcher eine Aussprache über die neu zu schaffenden Bestimmungen eines Gegenseitigkeitsvertrags erfolgte. Anwesend waren die Kollegen Dominé (Frankfurt a. M.), Fuhs (Mannheim), Friedrich (Freiburg i. Br.), Knie (Stuttgart), Schmoll (Straßburg), Seig (München) sowie der Gesamtvorstand des Gauess Württemberg. Der Gau An der Saale hatte eine Vertretung wegen zu weiter Entfernung abgelehnt, sich aber von vornherein mit den zu fassenden Beschlüssen einverstanden erklärt. Kollege Knie eröffnete die Sitzung und betonte in seinen einleitenden Worten, daß bereits auf der Kölner Generalversammlung sowie bei der letzten Gauvorsteherkonferenz in Berlin der Wunsch nach einer Verallgemeinerung der Gegenseitigkeitsverhältnisse laut geworden sei, eine Angliederung an die bereits zusammengeflohenen aber verschiedenen Gauen Schwierigkeiten bereite, weil die Karenzzeiten und die Höhe der Unterstützungssätze zu weit auseinandergingen. Diese beiden Punkte müßten das Leitmotiv der Konferenz bilden und könnten nur auf der Basis einer Karenzzeit von 52 Wochen bei 50 Pf. täglicher Unterstützung fußen. Wenn auch für einzelne der zusammengeflohenen Gauen eine kleine Verschlechterung dadurch eintrete, so müßten dieselben dies im Interesse der Allgemeinheit hinnehmen. Die Diskussion über diese Punkte war eine sehr ausgiebige. Sämtliche Vertreter sprachen sich für Erhöhung der Karenzzeit von 26 auf 52 Wochen aus bei 50 Pf. Unterstützung täglich auf die Dauer der Verbandsunterstützung. Diese Norm wurde einstimmig angenommen, und dadurch ist wohl den meisten Gauen Gelegenheit gegeben, unter diesen Gesichtspunkten in ein Gegenseitigkeitsverhältnis mit den auf der Konferenz vertretenen Gauen zu treten. Des weitern wurde beschlossen, den neuen Vertrag unter den bereits angeflohenen Gauen mit dem 1. Juli 1909 in Kraft treten zu lassen; ebenso soll sofort zur Drucklegung desselben geschritten werden, um den Vertrag den noch außenstehenden Gauen zur Einsicht zuwenden zu können. Als geschäftsführender Gau wurde der Gau Württemberg gewählt. Hoffen wir, daß recht viele Gauen von dieser Gelegenheit zum Anschlüsse Gebrauch machen, um so den vielen unrentablen von einem Gau in den andern verziehenden Mitglieder die wohlverdienten Rechte bei event. eintretender Konditionslosigkeit zu wahren.

Rundschau.

Zur Unfallverhütung. Unsere Ausführungen zu diesem Kapitel in Nr. 21 unter „Rundschau“ haben Herrn Eugen Mahlau in Frankfurt a. M. als einem bekannten und bewährten Fachmann in Berufsgenossenschaftsfragen Veranlassung gegeben, uns sehr reichhaltiges Material über die Grundzüge und Bestrebungen der deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft zu übergeben. Da es selbstverständlich bei Erörterung der Unfallgefahren, -ursachen und -verhütungsmaßnahmen nur der Gedanke leiten kann, so viel wie möglich dazu beizutragen, daß unsere Kollegen immer mehr und mehr bei der Ausübung ihres Berufs von Betriebsunfällen und Gesundheitschädigungen verschont bleiben, so können wir es nur begrüßen, wenn auch auf Prinzipalsseite dieses Bestrebens gerechte und vernünftige Unterstützung findet. Daß dabei die hebesseitigen Auffassungen über diese oder jene Ursachen bei einzelnen Unfällen nicht immer übereinstimmen, liegt ja schließlich in der Natur der Sache, kann aber wie in so manchen anderen Dingen nicht verhindern, daß auf andern Gebieten dennoch ein Zusammenarbeiten zwischen Prinzipalität und Gehilfen im hebesseitigen Interesse liegt. So auch hier, soweit eine Einschränkung der Unfallgefahren und Verhütungsmaßnahmen in Betracht kommen kann. Von diesem Standpunkt aus geben wir gern an dieser Stelle einen sinnmäßigen Vorschlag aus der uns von erwähnter Stelle übermittelten Einfindung. So heißt es u. a. in dem Begleitschreiben von Herrn Mahlau: „... Ganz besonders begrüße ich es, daß hier praktische Ermahnungen von Kollegen ausgesprochen werden und hoffe, daß damit die erste Unregung gegeben ist, auf diesem Wege noch viel weiter zu gehen. Mit der einseitigen Betrachtung, die Unfälle seien durch rücksichtslose Hekterei in den Betrieben verschuldet, kommen wir nicht weiter, denn es wird im praktischen Leben nicht immer und nicht überall möglich sein, in gemächlicher Ruhe zu arbeiten. Was nun tut, ist die Erziehung des Arbeiters zu besonnenem Handeln in unsicheren Sinne, vor allem die Selbsterziehung des Arbeiters zur gewohnheitsmäßigen Anwendung von solcher Griffe und Handlungen, die eine Gefahr für ihn selbst oder für andere ausschließen. Wer sich dahin erziehen hat, oder so erziehen ist, der wird auch bei schnellstem Arbeiten sehr viel geringere Gefahr laufen, als der in dieser Beziehung unergogene. Man sollte nun meinen, daß es doch das erste Gebot der Selbsterhaltungspflicht ist, in diesem

Sinn auf sich selbst zu achten. Ich kann Ihnen aber aus eigener Beobachtung berichten, daß in dieser Beziehung auch in den Betrieben, in denen keine hastende Arbeitsweise herrscht, doch fortgesetzt die unüberlegtesten Dinge vorkommen, die leicht zu Unfällen führen können. Im allgemeinen wird von Führern der Prinzipale der Standpunkt eingenommen, mit aller Sorgsamkeit auf die Erhaltung der gesunden Glieder der im Gewerbe tätigen Arbeiter zu achten. Es ist auch erfreulicherweise festzustellen, daß die Unfälle an Maschinen in den letzten Jahren ganz erheblich zurückgegangen sind, trotzdem das ganze heutige Erwerbsleben an seiner Hastigkeit von Jahr zu Jahr doch gewiß nur zugenommen hat. Von ganz besonderer Bedeutung ist ein Beitrag zur Ermunterung der Prinzipale in diesem ihren Bestrebungen zur Verhütung von Unfällen muß es unbedingt sein, wenn in verständiger, maßvoller Weise von der Gehilfenseite selbst dahin gestrebt wird, die eignen Kollegen zu vorrichtigen Verhalten unermüßlich anzuregen. Die bisherigen Erfolge, welche auf unserer Seite durch Unfallverhütungsbestrebungen erzielt worden sind, so erfreulich sie auch sein mögen, werden verschwindend erscheinen gegen die Erfolge, die sich erzielen lassen, wenn eine Arbeiterorganisation selbst sich mit dem ganzen Apparat, über den sie verfügt, in Wort und Schrift für eine solche Kulturarbeit einsetzt. Jeder vernünftige Gehilfe wird gern mit uns anerkennen, daß das, was in vorstehenden Zeilen zum Ausdruck gekommen ist, im wesentlichen richtig ist und auch von allen Gehilfen beachtet zu werden verdient. Wenn wir aber in unserer Rundschau in Nr. 21 besonders darauf verweisen haben, daß nach unserer Kenntnis der Verhältnisse ein großer Prozentsatz der Betriebsunfälle auf andre Ursachen als Leichtfertigkeit und Kopfsichtigkeit der Werkstätten selbst zurückzuführen sind, so schließt das selbstverständlich nicht aus, daß wir auch einen berechtigten Kern in den Ausführungen des Herrn Mahlau anerkennen. Denn wir wären zwar sehr wohl in der Lage, unsere erstere Auffassung über die Unfallursachen mit sehr drastischen Beispielen zu beweisen, aber wir haben auch keine Ursache zu bestreiten, daß manches, sogar vieles von den Arbeitern selbst verschuldet wird. Die Wahrheit liegt eben auch hier in der Mitte. Und wenn auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden ist, dies zu erkennen, so dürfte auch der Weg zur Besserung die nächste Richtung sein. Von dieser Überzeugung getragen, bringen wir deshalb auch gern noch einen weiteren kleinen Vorschlag aus dem uns übermittelten „Mahnwort an die Versicherten“ zum Abdruck und glauben damit der vorliegenden Sache in objektivster Weise einen Dienst erwiesen zu haben. In einem Rundschreiben an die Versicherten der Section III der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft, als deren Vorsitzender Herr Mahlau amtiert, ist wörtlich zu lesen: „Man glaube nicht an die so häufig mit einer gewissen Absichtlichkeit ausgesprochenen Behauptungen, daß derjenige Arbeiter, der anstatt in kopfloser Hast auf seine Arbeit zu sitzen, ruhige Ermüdung jeder Handlung vorausgehen läßt, darum von seinem Arbeitgeber geringer gefehlt werde als ob er weniger leiste. Es sind nicht die stürmischen und hastigen Leute, die am meisten leisten, sondern die ruhigen und besonnenen; das sieht jeder verständige Mensch ein. Sodann achte man darauf, sich jederzeit durch Vermeidung von Unmäßigkeit und Überanstrengung im Besitze geistiger Frische und Spannkraft zu erhalten. Es wird durch die Statistik erwiesen, daß in den Zeiten der Erschlaffung die meisten Unfälle geschehen. Hierbei bedente man, wie sehr gerade der Alkoholgenuß nach kurzer Anregung die Erschlaffung fördert. Was nun die Maschinen und Arbeitsgeräte angeht, so bestreude man sich mit den in wohlwollender Absicht zum Schutze des Arbeiters geschaffenen Schutzvorrichtungen auch da, wo sie keine Erschwerungen der Arbeit herbeiführen und lasse sich vor allem durch die immer mehr zunehmenden Abschaltungen der gefährlichen Teile nicht dazu verleiten, seine Hände und Füße auf Maschinenteilen ruhen zu lassen, wie man sich überhaupt körperlich von den in Bewegung befindlichen Maschinen so weit fernhalte, als man nicht unbedingt bei der Arbeit sich ihnen nähern muß. Der Arbeiter, der eine gewisse Selbstachtung an sich übt und sich bemüht, alle lästigen Gewohnheiten abzulegen und gute anzunehmen, wird darin den besten Schutz gegen Unfälle finden. Schließlich vermeide man jede Handlung an bewegter Maschine, die an ruhender vorgenommen werden kann; es wird und darf kein Arbeitgeber verlangen, daß der Arbeiter einer geringen Reiterparnis wegen seine gesunden Glieder für ihn wage. Bei jedem, auch nur dem geringsten Unfälle, sei es auch nur eine kleine Hautverletzung, beobachte man die heute als unerlässlich erkannte Vorsicht einer sorgfältigen, hygienisch richtigen Reinigung und verbinde die Wunde sachgemäß, denn gerade die schmerzhaften Verluste, selbst der Tod, sind schon aus den leichtesten Verletzungen entstanden. In kameradschaftlicher Weise wirke man auf seine Mitarbeiter ein, daß sie sich nicht geringfügig Verletzungen aussetzen, und daß sie alle Gebote einer ver-

nünftigen Vorsicht befolgen, namentlich auch da, wo es sich nur um leichte Verletzungen handelt.“ Diese Darlegungen verdienen unstreitig nicht nur im Kreise III, sondern überall beachtet zu werden; was durch deren Veröffentlichung an dieser Stelle erleichtert sein soll. Der hilf- und trostlose Aufruf der „Anarchos“ im Buchdruckgewerbe unter dem schönen Titel „Für Eltern und Vormünder zur Aufklärung“ hat seinen Siegeslauf durch Deutschlands Gauen anscheinend beendet und wurde selbstverständlich überall dort, wo hauptsächlich Bündler und Wilde als treue Friboline die Hand führen, die ihnen moralische und prinzipielle Ohrfeigen spendet, mit demutsvoller und „nationaler“ Ergebenheit gelesen und gedruckt. Neben dem bekannten Silberbogenonkel in Neuruppin und dem Herrn Wattrout in Wittenberg, welchen wir schon in vorletzter Nummer gezeigend näher traten, darf auch Herr Schmidt in Martneukirchen als Dritter im Bunde nicht fehlen. Wir hätten uns nämlich gewundert, wenn Herr Schmidt seiner alten Liebe, der Tarifs- und zügellosesten Gewerbebefreiheit, plüßlich untreu geworden wäre. Nun, da aber wieder alles im Lote ist und die Pfarrerstücker, wie man zu sagen pflegt, sich wieder einmal hübsch zusammengefunden haben, so wollen wir deren unruhiges und unpfetzes Leben nicht weiter föhren. Die öffentliche Abgabe ihrer Wiltensarte als Tariffgegner und Behrungsgegner aus „Vaterlandsliebe“ wird sie schon der einzig richtigen und vernünftigen Vertiefung durch Eltern und Vormünder teilhaftig werden lassen. Wir wollen nur noch feststellen, daß alle drei in dieser Sache Hand in Hand gehenden Kunsttempel lang belagerte und mit Fähigkeit nunmehr festgehaltene Hochburgen der Herren „nationalen“ Gehilfen vom Gutenberghaus sind. Und deren Tariftreue ist ja bekanntlich so bedenkbar, daß auch das Gegenteil davon zur Genüge bewiesen worden ist und in alle Rahmen paßt; entprechend der alten Erfahrung, daß Art nicht von Art läßt. Damit aber die Sache auch der „Tragik“ nicht entbehre, wollen wir hier noch das gemüßvolle Schlusswort des offiziellen Stadtschreibers vom Arbeitgeberverband im Buchdruckgewerbe anknüpfen. Zu dem Leitartikel über die Lehrlingsfrage gibt nämlich der Arbeitgeber im Druckgewerbe folgendem Stabschefen Rat: „Der Lehrling ist ein wertvolles Gut, dem Bureau unseres Arbeitgeberverbandes einer Anzahl von nationalgesinnten Mätern zugefandt worden. Ob sie ihn alle aufnehmen, ist die Frage. Nicht wenige von ihnen haben vor den sozialdemokratischen Gehilfen in ihrer Buchdruckerlei schon einen solchen Respekt, daß sie es vorziehen, derartige Artikel lieber nicht zu veröffentlichen. Auch gibt es Mätern, die wir für durchaus nationalgesinnt halten, die es aber in Wirklichkeit so wenig sind, daß es ihnen zur Freude gereicht, einen derartigen Artikel gleich, um sich bei dem sozialdemokratischen Verbände zu empfehlen, dem „Korr.“ zu übergeben. ... Von seiten der Tariffgemeinschaft und des Verbandes wird immer schärfer vorgegangen. Das beweisen auch andre Tatsachen, auf die wir jetzt noch nicht eingehen wollen. In gewissem Sinne kann uns das nur erwünscht sein. Denn es ist eine alte Erfahrung: „Alzu scharf macht schartig.“ Wüßten die Herren im Tariffamt, wie wir es wissen, daß die Unzufriedenheit mit den neuen Bestimmungen und der Handhabung des Tarifs von Tag zu Tag wächst, so würden sie schon aus Klugheit mehr an sich halten und sich hüten, die Sache auf die Spitze zu treiben. Wir, wie gesagt, haben nichts dagegen. Je schärfer sie vorgehen, um so schneller und klarer wird es schon hervorretten, daß die Vertretung der wahren Interessen des Gewerbes, des Volks und des Vaterlandes auf seiten des Arbeitgeberverbandes für das Buchdruckgewerbe liegt.“ — Gewiß, verehrte Herren Tariffgemeinschaftsvertreter und Verbandsfresser, wir werden so wenig wie möglich verfahren, Ihren „Nationalismus“ so zu beleuchten, daß es Ihnen dabei siedend heiß werden soll. Es soll uns eine ganz besondere Genugtuung sein, Ihren „Geschäftspatriotismus“ und Ihre Kollegialität gegenüber der tariftreuen und auf gewerbliche Ordnung haltenden Prinzipalität immer heller zu beleuchten. Wie z. B. es ein befriedigendes Ereignis für uns war, die geschäftlichen Konkurrenzmanieren des Herrn Ras in Mannheim, welcher die Ehre hat, Verleger des „Arbeitgeber im Druckgewerbe“ zu sein, in Nr. 23 des „Korr.“ festzuzeichnen. Vergeltens haben wir seit langer Zeit nach wirklichen Männern in den Reihen des „Arbeitgeberverbandes im Buchdruckgewerbe“ gesucht, nach Männern, welche aus innerster, fester, ehrlicher und idealer Überzeugung heraus zu Gegnern der tariflichen Ordnung im Buchdruckgewerbe geworden sind, sofern von einer solchen Möglichkeit überhaupt die Rede sein könnte. Es ist uns nicht gelungen, auch nur einen Einzigen zu finden. Auf Schritt und Tritt sind wir stets bei dieser Prüfung auf selbstsüchtige eigne Geschäfts- und Konkurrenzrücksichten gestoßen, daß wir mit größter Seelenruhe die scharfmacherischen Redensarten dieser „Herrenmenschen“ als ein Vramarschieren mit hohen Pfaffen als kindische Kraftübungen von Scheinathleten

mit Papppengewichten einschlagen. Und darum können wir dieses Kapitel auch ohne jede Überhebung mit den Worten schließen: „Bei Philippi seien wir uns wieder!“

Zur Befämpfung der schlimmsten „Druckfehlerzeußer“, welche nur zu oft dadurch entstehen, daß bei der Korrektur oder dem Drucke von Illustrations-, Katalogen usw. ein Klischee verkehrt eingesetzt wird, macht ein Fachmann in der „Zeitschrift“ folgenden einfachen und vernünftigen Vorschlag. Dieser Vorschlag läßt sich mit einem Schlag aus der Welt schaffen, wenn man dem Holzstock oder dem Galvano ohne Holzunterlage eine Signatur in Gestalt eines blauen Strichs oder einer Einprägung gibt, die leicht den richtigen Stand des Klischees erkennen läßt. Unseres Wissens wenden praktische Kollegen dieses Hilfsmittel auch ohne diese Anregung in vielen Fällen an, aber trotzdem scheint es uns angedrängt, auch hier einmal darauf hinzuweisen. Denn bekanntlich fällt kein Meister vom Himmel, das beweisen die immer und immer wiederkehrenden Fehler der hier besprochenen Art. Viel Schaden und mancher Verdruß könnte erspart werden, wenn dieser praktische Wink, dessen Beachtung so wenig zeitraubend und so spielend leicht zu handhaben ist, von all denen zur Richtschnur genommen würde, die es angeht.

Konkurrenzöffnung: Buchdruckerei Joseph Vogel zu Oberkassell bei Bonn.

Bei der Gewerbeprüfungswahl in Gießen siegten die freien Gewerkschaften mit großer Mehrheit über den „nationalen“ Wahlkampf.

Ärzte und Krankenkassen. In einer Gegenüberklärung zu der Antwort des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg vom Vorstande des Verbandes der deutschen Betriebskrankenkassen wird das Verhältnis der Ärzte zu den Krankenkassen folgendermaßen beleuchtet. Die Behauptung der Ärzte, daß ihnen von den Krankenkassen diktiert würde, unter welchen Bedingungen sie ihren Beruf ausüben hätten, sei vollständig falsch. Denn nicht die Krankenkassen, sondern die ärztlichen Standesorganisationen beliebten die Rolle des Diktators zu spielen. In welcher Weise die ärztlichen Honorare fortgesetzt erhöht wurden, beweisen die Tatsachen, daß im Jahre 1885 die Krankenkassen neun Millionen Mark für ärztliche Behandlung aufwendet haben, im Jahre 1907 dagegen über 63 Millionen. Die Zahl der Verordnungen hat sich aber im gleichen Zeitraum nur um das Dreifache gesteigert, und zwar von etwas über vier Millionen im Jahre 1885 auf nicht ganz zwölf Millionen im Jahre 1907. Ohne die Krankenkassen würden die Ärzte niemals derartige Einnahmen zu verzeichnen haben. Über die Ärzteorganisation selbst heißt es in der angeführten Erklärung des Betriebskrankenkassenverbandes dann wörtlich: „Diese Gewerkschaft — der Leipziger Verband — arbeitet mit den schlimmsten Mitteln, sie führt umfangreiche schwarze Listen, sie streift und boykottiert, wenn sie solche Maßnahmen für erforderlich hält.“ Alle Stellen, die auf die ärztliche Hilfe angewiesen sind, seien es Krankenkassen, Landesversicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften, Lebensversicherungen, Staatsbehörden usw., werden von dieser Organisation fortgesetzt bedroht. Die Krankenkassen stehen ständig unter Streikgefahr. Die Tagespresse sucht der Leipziger Verband in der einseitigen Weise zu beeinflussen. Die gesetzliche Standesorganisation ist der wirtschaftlichen Organisation in mißbräuchlicher Weise dienbar gemacht worden. Sie wird insbesondere dazu benutzt, die vielen anders denkenden Ärzte gegenüber dem Terrorismus der gewerkschaftlichen Organisation zum Schweigen zu bringen. Durch die Verquickung von wirtschaftlicher und Standesorganisation hat sich der Arztstand ein Klischee geschaffen, wie es keiner anderen Organisation zur Verfügung steht. Der Leipziger Verband beherrscht die Standesorganisation, die Grengereichte, die wissenschaftlichen Fachvereine, die ärztliche Stellen- und Praxisvermittlung. Gestützt auf eine solche Machtfülle bringt er jeden Widerspruch aus den Reihen der Ärzte mit der ihm eignen Schärfe der Tonart und Wichtigkeit zum Schweigen. Die Krankenkassen erwarten, daß in der Reichsversicherungsordnung Maßregeln vor-

gesehen werden, durch die sie vor Drangsalierungen und Vergewaltigungen durch die Ärzteorganisationen geschützt werden. Dem schlimmsten Treiben des Leipziger Verbandes den Krankenkassen gegenüber muß ein Ende bereitet werden, wenn nicht die Krankenversicherung verkommen und im wesentlichen eine Zeitungsaperipherie der Ärzte werden soll.“ — Bei Erörterung dieses Punktes dürfte es auch von besonderem Interesse sein, einige Feststellungen darüber zu geben, in welcher Weise die Mitglieder der Krankenkassen an einer Erhöhung der Krankenleistungen partizipiert. Über diese Frage hat ein Senatsvorsitzender des Reichsversicherungsamts im Auftrage des Leiters eine Statistik aufgenommen, aus welcher wir für die vorliegende Frage folgende Einzelheiten entnehmen. Das Krankengeld betrug im Jahre 1886 durchschnittlich pro Tag eine Mark, zehn Jahre später nur 90 Pf. und im Jahre 1906 nur 1,22 M. Ein um so besseres Geschäft haben jedoch die Ärzte im gleichen Zeitraum gemacht. Auf den einzelnen Krankheitsfall hatten die Krankenkassen im Jahre 1886 den Betrag von 6,02 M. zu bezahlen, auf jeden Krankheitstag ergab dieser Betrag einen Anteil von 39 Pf. Im Jahre 1896 war der Kostenpunkt für ärztliche Behandlung bei jedem Krankheitsfall auf 8,96 M., und für jeden einzelnen Krankheitstag auf 51 Pf. gestiegen. Dieser Ausgabeposten, welcher ausschließlich nur den Ärzten zugute kommt, steigerte sich Johann bis zum Jahre 1906 auf 12,51 M. (also auf das Doppelte gegenüber dem Jahre 1886) pro Krankheitsfall und auf 64 Pf. pro Krankheitstag. Demnach haben sich also die Einnahmen der Ärzte aus den Krankenkassen pro Krankheitstag um etwa 75 Proz. vermehrt, dagegen das Krankengeld für die Krankenmitglieder selbst im gleichen Zeitraume nur eine Steigerung um etwa 20 Proz. erfahren hat. Diese Feststellungen dürften wohl genügen, um die ablehnende Haltung der Krankenkassen gegenüber den ärztlichen Forderungen voll und ganz verstehen zu lernen.

Ein Hörfehler! Wie uns mitgeteilt wird, hat die „Königliche Volkszeitung“ die unrichtige Berichterstattung über die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Gräger im Reichstag zum Vergarbeiterkongreß in einer nachträglichen Berichtigung auf einen Fehler ihres Parlamentarischerfahlers zurückgeführt. Unsere Erörterungen über diesen Fall unter der Stichmarke „Der Zweck heiligt die Mittel“ in Nr. 24 des „Korr.“ wollen daher zum Vergleiche herangezogen werden.

Reichsinterbenederversicherung. Bekanntlich wurde seinerzeit bei der gesetzlichen Festlegung des „berühmten“ Soldtarifs im deutschen Reichstag unter § 15 der Beschluß gefaßt, die Mehreinnahmen aus einem Teile der landwirtschaftlichen Zölle als Fonds für eine spätere Witwen- und Waisenversicherung zurückzulegen. Das finanzielle Ergebnis dieser Bestimmung ist aber bis zum heutigen Tage so gering geblieben, daß damit überhaupt nichts anzufangen ist. Auf diesen Umstand ist es daher zurückzuführen, daß die Frage von der Reichsregierung ein Gesehtentwurf angekündigt wurde, der zunächst eine Aufhebung des § 15 bezwecken soll und andererseits die Einführung direkter Reichszuschüsse für eine Reichsinterbenederversicherung fordert. Diese Votivkraft klingt zwar sehr erfreulich, hat aber leider um so weniger Aussicht in absehbarer Zeit verwirklicht zu werden. Es ist ein Preisrätsel über die Richtigkeit der Sprichwörter: „Mit Harren und Hoffen hat's mancher getroffen!“ oder „Durch Hoffen und Harren ward mancher zum Narren!“

Briefkästen.

Chr. in Fahr: In dieser Frage erkennen wir keine Notwendigkeit zu einer Ver... (Text is cut off).

die Post zu beziehen. — E. in Bremen: Diese Frage wurde schon so oft und noch ausführlicher von unserm sozialpolitischen Mitarbeiter im „Korr.“ behandelt, daß sich eine Veröffentlichung Ihrer Einwendung erübrigt; für gewollte Unterstützung oder trotzdem besten Dank. — K. in Worna: Einverstanden! E.

Druckfehlerberichtigung: In Nr. 25 muß es auf der dritten Seite in der mittleren Spalte bei Hohenlimburg heißen, daß die tariflichen Verhältnisse nichts zu wünschen übrig lassen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 2, Mariendorfer Straße 13, I. Fernpredamt VI, 11 191.

Schleswig-Holstein. Der Seher Heinrich Martens aus Ganderseele (Hauptbuchnummer 58439) wird aufgebodet, baldigst seine Adresse an Martin Prüter, Kiel, Schauenburger Straße 34 p., einzusenden.

Adressenveränderungen.

Königsberg i. Pr. (Stereotypenklub Ostpreußen.) Vorsitzender: Albert Rückwardt, Mittelgrabengasse 1 II; Kassierer: Hugo Lindczun, Unterhagerberg 18 III.

Wainz. (Maschinenmeisterklub.) Vorsitzender: Jakob Kreiner, Große Weißgasse 24; Kassierer: Wilhelm Payer, Wallaufstraße 22 IV.

Zur Ausnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Dresden die Seher 1. Walter Britsche, geb. in Dresden 1889, ausgl. in Rabenau b. Dresden 1908; war noch nicht Mitglied; 2. Emil Söhner, geb. in Naumburg a. S. 1889, ausgl. in Dresden 1907; 3. Karl Meinel, geb. in Schneeberg 1879, ausgl. in Wue i. Erzgeb. 1897; 4. der Schweizerdegen Emil Karl Gentschel, geb. in Dresden 1870, ausgl. das. 1889; waren schon Mitglieder. — In Weifen der Seher Hermann Eyrer, geb. in Proschwitz b. Weifen 1889, ausgl. in Weifen 1908; war noch nicht Mitglied. — In Tharandt der Seher Richard Hallas, geb. in Hartza b. Tharandt 1890, ausgl. in Tharandt 1908; war noch nicht Mitglied. — Herrn Steinbrück in Dresden, Mathildenstraße 7 I.

In Keunkirchen (Saar) der Drucker Karl Rieni, geb. in Niedersheim (Oberelfass) 1890, ausgl. in Mühlhausen (Elffass) 1908; war noch nicht Mitglied. — In St. Johann (Saar) der Seher Karl Knichel, geb. in Metzheim (Rhe) 1889, ausgl. in Kirn (Rhe) 1906; war noch nicht Mitglied. — Nik. Gutendorf in Saarbrücken, Meyer Straße 29.

In Quedlinburg der Seher Johannes Kloth, geb. in Jessen (Bez. Halle) 1886, ausgl. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — Fr. Franke, Weststraße 19.

In Weinheim der Seher Hans Jung, geb. in Wiesbaden 1887, ausgl. in Frankfurt a. M. 1908; war schon Mitglied. — R. Laufer in Mannheim, Friedrichsring 40.

Verfallungskalender.

Altenburg. Versammlung Sonnabend, den 13. März, abends 9 Uhr, im „Lidoli“.

Darmstadt. Versammlung Samstag, den 13. März, abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftsraum“.

Hild. Versammlung am Freitag, den 10. März, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant „Gutenberg“, Fassstr. 41.

Mittelweide. Versammlung Sonnabend, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr.

Neuwied. Versammlung Sonnabend, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale L. Ries, Seebesdorer Straße.

Verein für Buchdrucker und Schriftgießer in Tirol und Vorarlberg.

Zandrud. Der Buchdrucker Heinrich Maberer aus Müllberg (Hauptbuchnummer 87271, Bayern) wird ersucht, seinen Verpflichtungen in Höhe von 17 K nachzukommen und dieselben an den Reichstafelverwalter Ignaz Lun, Praderstraße 42, einzusenden. Die Herren Funktionäre werden gebeten, M. hierauf aufmerksam zu machen.

Typographiker

mit mehrjähriger Praxis u. mit der Maschine vollkommen vertraut, möglichst verheirateter Süddeutscher, in angenehme Stelle für dauernd in Zeitungsbetrieb einer hübschen oberbair. Provinzialstadt per 15. März oder später gesucht. Es wollen sich nur tüchtige, solide und in jeder Beziehung zuverlässige Herren mit Angabe der bisherigen Tätigkeiten melden. Lohn 4—8 Mkt. über Minimum. Beste Offerten unter Nr. 370 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Stempelseker

tüchtig in allen Sorten, findet in Berlin dauernde, angenehme Stellung. Schriftliche Angebote unter Nr. 384 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Tüchtiger Maschinenmeister

für feinsten Wort- und Illustrationsdruck gesucht, der mit Anzeigapparaten (System Dug und Klein & Ungerer) vollkommen vertraut ist. Beschäftigt wird nur auf einem an festem und schnelles Arbeiten gewöhnten Mann. Einverleibte Druckproben und Zeugnisabschriften sowie Lohnanträge erbeten an [388] Buchdruckerei Oskar Feiner, Leipzig.

Slotta Maschinenmeister

geschehen Alters, am liebsten verheiratet, gut vertraut mit dem Anzeigapparat „Universalk“ in Wert, Altden, u. Stereotypdruckerei, der auch den Druck einer Tageszeitung übernehmen muß, findet angenehme und bei guten Leistungen dauernde Stelle. Werte Anträge unter T. H. 887 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Schriftgießer

für Hand- und Komplettnachdruck gesucht. [383] F. G. Zaner in Nürnberg.

Zum Ausnahmepreise von 4,50 Mark

können Sie sich einen prächtigen Zimmerschmuck anschaffen! Die noch vorhandenen Bestände der früheren Rahmungen vom Gutenbergsporträt und Buchdruckerwappen will ich pro Stück zu obengenanntem Preis abgeben. Nur tadellose Rahmen kommen zum Versand! [313] Julius Mäser, Verlagshandlung, Leipzig-R.

H. MATHAEUS STUTTGART
Gableberger Str. 7.
Katalog gratis u. f.

Todesanzeige.

Am 1. März verstarb nach kurzem Leiden unser Kollege und Mitarbeiter **Julius Schultz** aus Neuschönefeld bei Leipzig, im Alter von 64 Jahren. Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. [389] Das Personal der Hamburger Buchdrucker- und Verlagsanstalt Anor & Co. in Hamburg.

Am 4. März verstarb unser wertos Mitglied, der Setzer **E. Ch. Schumacher** aus Belau, im 47. Lebensjahre. [388] Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 1. März verstarb unser wertos Mitglied, der Drucker **Julius Schultz** aus Neuschönefeld bei Leipzig, im 64. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Anhang zum Tarife

von Konrad Stahler. Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Bortlo). Behaltenung nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie Georg Büsch, Leipzig, Salomonstraße 8, entgegen.

Adressen für Zusendungen an den Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer: für Artikel und allgemeine redaktionelle Angelegenheiten: Subwig Beghäuser; für Beschwerden, Auslass und Gewerkschaftliches: Willi Krahl; für Rundfragen: Charles Schäffer; für Verbandsnachrichten, Inserate, Offerten, Postaufhebung usw.: Georg Büsch; sämtlich in Leipzig, Salomonstraße 8.